



EUROPÄISCHES PARLAMENT



2009 – 2014

Delegation für die Beziehungen zu Indien

**BESUCH DER DELEGATION
FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU INDIEN IN
DELHI – CHENNAI
30. APRIL – 4. MAI 2012**

BERICHT

Einleitung

Vom 30. April bis 4. Mai 2012 reiste eine Delegation von zwölf MdEP unter dem Vorsitz von Sir Graham Watson (ALDE, UK) nach New Delhi und Chennai (vormals Madras). Die vollständige Liste der Delegation ist als Anlage beigefügt. Wie bei Besuchen der Delegation in Indien üblich konzentrierte sich das Programm auf eine Reihe von Themen, die nachfolgend zusammengefasst sind.

Es wurden Dankschreiben an alle bei der Durchführung des Programms mitwirkenden Personen verschickt. Hierzu gehörten insbesondere die Bediensteten der EU-Delegation in New Delhi, die hauptverantwortlich für die Organisation waren.

Beziehungen zwischen der EU und Indien

Das breitgefächerte Spektrum von Themen, das im Rahmen der Beziehungen zwischen der EU und Indien abgedeckt wird, war ein wiederkehrendes Element bei den Treffen mit Vertretern der Regierung, des Parlaments, der Wirtschaft, Denkfabriken und der allgemeinen Zivilgesellschaft.

Im Mittelpunkt vieler Gespräche standen die laufenden Verhandlungen über das Freihandelsabkommen (FHA) zwischen der EU und Indien. Der Handel zwischen der EU und Indien hat sich seit 1988 verzwanzigfacht. Die EU ist der größte Handelspartner Indiens, während Indien auf Platz acht der wichtigsten Handelspartner der EU rangiert. Der Handel zwischen der EU und Indien ist ausgewogen, wobei beide Partner vergleichbare Einfuhr- und Ausfuhrzahlen ausweisen. Der Anteil der EU an den indischen Einfuhren entwickelt sich jedoch allmählich rückläufig, und es besteht enormes Potenzial, diesen Handel weiter auszubauen. 2011 entfielen nur 2,5 % des gesamten Handelsaufkommens der EU auf Indien (hingegen 13,3 % auf China).

Beide Seiten waren sich darin einig, dass bedeutendes unerschlossenes Potenzial in den Beziehungen zwischen der EU und Indien besteht und beide Seiten vom Abschluss eines FTA profitieren würden, das große gegenseitige Vorteile mit sich brächte.

Die Delegation erörterte ungelöste Fragen wie nichttarifäre Hemmnisse und die extrem hohen indischen Zölle auf Automobilprodukte sowie Weine und Spirituosen. Einige MdEP hatten auch Bedenken, inwieweit die im Abkommen enthaltenen Klauseln über die öffentliche Auftragsvergabe auf Ebene der indischen Bundesstaaten angewendet würden. Von EU-Seite wurde betont, dass Indien seine Rechtsvorschriften über Rechte des geistigen Eigentums (IPR) strenger durchsetzen müsse. Die MdEP nahmen indische Befürchtungen zur Kenntnis, dass subventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU als eine Bedrohung für die Lebensgrundlage indischer Landwirte angesehen werden könnten. Gleichzeitig verwiesen sie auf die Auffassung der Kommission, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU weitgehend eine Ergänzung zur indischen Erzeugung bilden würden.

Die MdEP hoben mehrfach hervor, dass die Aufnahme einer Klausel zur nachhaltigen Entwicklung in das FTA ein „roter Faden“ für die EU und insbesondere für eine Mehrheit des Europäischen Parlaments sei. Die Antwort Indiens lautete einheitlich, dass es unangemessen sei, „nicht handelsbezogene“ Themen in ein Handelsabkommen aufzunehmen, und diese Angelegenheiten in anderen Foren, wie der Internationalen Arbeitsorganisation, behandelt werden sollten.

Die EP-Delegation argumentierte, dass das FTA nicht ausschließlich im Zusammenhang mit der Handelsbeziehung zu sehen sei und eine starke politische Dimension habe. Sie betonte, dass die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Indien aus dem Jahr 2004, bei der sich zwei weltweite Akteure mit den gleichen Grundwerten der Einhaltung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zusammengeschlossen hätten, durch ein ehrgeiziges, weitreichendes Abkommen erheblich verstärkt und vertieft würde. Indien und der EU würde eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung mit Themen von gemeinsamem Interesse zufallen, die von der weltweiten Antwort auf den Klimawandel bis hin zu Fragen der Sicherheit, der Bekämpfung von Piraterie und dem Kampf gegen den Terrorismus reichten.

Beide Seiten befürworteten eine Ausweitung der Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen, wie intensivere Verbindungen zwischen Hochschuleinrichtungen und persönliche Kontakte (in diesem Zusammenhang wurde das Erasmus-Mundus-Programm besonders gelobt). Vor allem indische Gesprächspartner klagten über Schwierigkeiten, ein Visum für die Einreise nach Europa zu erhalten.

Beide Seiten betonten ebenfalls das Potenzial für den Aufbau von Verbindungen in Forschung und Entwicklung, insbesondere bei Umweltthemen wie erneuerbaren Energien und dem Schutz der Wälder. Der Besuch des Indian Institute of Technology (Madras) war ein Beleg für die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aus der EU und Indien. Bei den Treffen im European Business and Technology Centre in New Delhi und im Nokia-Werk wurde auch über die Situation und die Perspektiven europäischer Unternehmen, die in den indischen Markt eintreten, gesprochen.

Es wurden die Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien in Sicherheitsfragen erörtert, obgleich in einigen indischen Kreisen weiterhin die Ansicht vorherrscht, dass die EU im Wesentlichen ein Wirtschafts- und Handelsblock und keine bedeutende politische Macht oder Sicherheitsmacht ist. Infolgedessen – so die Denkweise – sei Indien besser beraten, seine breitere politische und strategische Agenda auf bilateraler Ebene mit bestimmten Mitgliedstaaten – und mit den USA – zu verfolgen.

Die EP-Delegation unterstrich die Bedeutung des parlamentarischen Elements in der Beziehung zwischen der EU und Indien. Sie bekräftigte ihren starken Wunsch, dass das Lok Sabha eine Freundschaftsgruppe mit dem Europäischen Parlament einrichtet, die seit den Wahlen in Indien 2009 nicht wieder eingeführt wurde. Außerdem wiederholte sie die Einladung an indische Abgeordnete, nach Europa zu kommen. Die indischen Gesprächspartner schlossen sich im Allgemeinen der Auffassung an, dass interparlamentarische Besuche eine wertvolle Rolle bei der Förderung der Beziehung spielen, und der indische Außenminister wiederholte den Willen Indiens, die EU-Freundschaftsgruppe erneut einzurichten.

Klimawandel und das ETS

In den Gesprächen über den Klimawandel argumentierte die indische Seite immer wieder, dass ihr Land ein Recht auf Entwicklung und Verbesserung der Situation der 400 Millionen Inder habe, die in Armut lebten. Sie lehnten jede Form von „grünem Protektionismus“ ab, der diese Entwicklung behindern würde, und betonten, dass die Verantwortlichkeit für die Eindämmung der globalen Erwärmung beim Westen liege, der das Problem verursacht habe. Indien dagegen sei mit 17 % der Weltbevölkerung nur für 4 % des weltweiten Energieverbrauchs verantwortlich. Dennoch bestand ebenfalls der Wunsch, die Abhängigkeit Indiens von fossilen Brennstoffen aus unbeständigen Regionen und Ländern wie dem Iran zu verringern. Außerdem wurde klar die Notwendigkeit anerkannt, dass Indien grüne Technologien und erneuerbare Energieträger stärker nutzt. Die EU wurde als ein wichtiger Partner für den Technologietransfer und die Finanzierung diesbezüglicher Vorhaben angesehen.

Die indischen Gesprächspartner waren nachdrücklich gegen das Emissionshandelssystem (ETS) der EU, das als einseitig verordnetes System angesehen wurde, das gegen das Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt (ICAO) verstoße. Die EU-Seite wies dies im Allgemeinen zurück und betonte die geringen Compliance-Kosten des Systems. Wie die MdEP hervorhoben, wünschten sie sich die Vereinbarung einer weltweiten Regelung, mit der die EU ihre Umweltziele erreichen könne und die gleichzeitig für alle Seiten akzeptabel sei.

Außenpolitik

Die Gespräche über außenpolitische Fragen waren weitreichend und betrafen unter anderem die BRICS-Länder, Syrien, China, Pakistan und Afghanistan.

Die indische Seite wies auf die stärkere politische Dimension der BRICS-Gruppe hin. Sie argumentierte, die Gruppe könne eine „Quelle der Stärke und des Friedens“ sein, indem sie Länder zusammenführe, die trotz ihrer Differenzen eine Reihe gemeinsamer Ziele verfolge, insbesondere im Hinblick auf eine Reform der weltweiten

Finanzinstitutionen. Die Inder waren dennoch besorgt über die Militär- und Flottenausrüstung Chinas und die damit verbundene mögliche Gefahr für die Stabilität in Asien.

Wie die indischen MdP betonten, gebe es kein Patentrezept für die Herausforderungen, die durch den Arabischen Frühling entstanden seien. Zwar wurden Bedenken hinsichtlich des Aufstiegs des politischen Islam geäußert, andererseits aber auch die Entwicklung der Demokratie in der Region begrüßt. In Bezug auf Syrien wiederholten die indischen Gesprächspartner ihre traditionelle Haltung der Nichtintervention, betonten jedoch gleichzeitig, dass die Situation gelöst werden müsse und die aktuellen Ereignisse im Land untragbar seien.

In Indien gibt es Befürchtungen, dass Afghanistan erneut eine Drehscheibe des internationalen Terrorismus werden könnte. Indien wolle dem Land gern helfen, habe aber nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Kabuls einzumischen. Einer kürzlichen Umfrage zufolge sei Indien unter Afghanen das beliebteste ausländische Land.

Die indischen Redner betonten, dass auf ihrer Seite Bereitschaft bestehe, Beziehungen zu Pakistan zu entwickeln; diese Bemühungen würden jedoch häufig durch Terrorangriffe wie die Anschläge in Mumbai untergraben. Der Handel zwischen den beiden Ländern sei durch die ungünstige politische Lage stark eingeschränkt; dies könnte sich jedoch ändern, wenn Indien von Pakistan den Meistbegünstigtenstatus erhalte.

Menschenrechte

Das Thema Menschenrechte wurde immer wieder angeschnitten, vor allem während des Abendessens mit Vertretern von Menschenrechtsorganisationen, die verschiedene individuelle Standpunkte in die Diskussion einbrachten. Die MdEP sprachen auch Einzelfälle am Rande bestimmter offizieller Treffen an.

Beim Treffen mit der International Justice Mission in Chennai erhielt die Delegation einen Einblick in die Lage der Schuldknechte, vor allem im Bundesstaat Tamil Nadu, die unter der Nichtdurchsetzung der vorhandenen Rechtsvorschriften leiden. Es wurde festgestellt, dass viele Betroffene Angehörige der niedrigsten Kasten und registrierten Stämme sind. 86 % der landesweit ermittelten Schuldknechte entfallen auf die Gruppe der Dalit (SC/ST). Die Menschenrechte waren auch ein zentrales Thema in den Gesprächen über die tamilischen Flüchtlinge (siehe unten).

Tamil Nadu

Der zweite Teil des Besuchs fand in Tamil Nadu statt, wo die Delegation auf höchster Ebene von dem Gouverneur, der Ministerpräsidentin und dem Sprecher der gesetzgebenden Versammlung empfangen wurde. Bei ihrem Aufenthalt in Chennai konnten die MdEP weiter über die Lage der tamilischen Flüchtlinge in Indien und die derzeitige Situation nach dem Konflikt in Sri Lanka diskutieren.

In den Gesprächen wurde besonders deutlich, dass die Lage der sri-lankischen Tamilen – sowohl in Sri Lanka als auch die Flüchtlinge in Tamil Nadu – ein großes politisches Thema in der Politik des Bundesstaates und auch auf Ebene der zentralen Regierung sind. Die beispiellose Entscheidung Indiens im März 2012, für die Resolution des UN-Menschenrechtsrates (UNHCR) gegen Sri Lanka zu stimmen, war ein sehr deutliches Zeichen für den Einfluss, den die tamilische DMK, ein wichtiger Partner in der Koalition (United Progressive Alliance, UPA), auf die zentrale Regierung ausübt.

Nach Ansicht sowohl offizieller als auch nicht offizieller Gesprächspartner sei die Lage der tamilischen Flüchtlinge in Indien schwierig, aber nicht aussichtslos. Nur relativ wenige – 4000 anstatt der vorhergesagten 25 000 – hätten sich nach dem Ende des Konflikts im Mai 2009 dafür entschieden, nach Sri Lanka zurückzukehren, da die Mehrheit immer noch auf Zusagen hinsichtlich einer sicheren und nachhaltigen Rückkehr warte. Ihr Zugang zur Grundversorgung in Tamil Nadu sei im Allgemeinen zufriedenstellend, auch wenn das Arbeitsangebot begrenzt und der Zugang zu Hochschulbildung schwierig sei.

VOLLSTÄNDIGER BERICHT

Montag, 30. April 2012 – Delhi

Das erste Treffen auf dem Programm war ein Vorgespräch mit dem EU-Botschafter in Indien, Herr João Cravinho. Der Überblick über den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen der EU und Indien und die aktuellen Entwicklungen in der indischen Politik vermittelte der Delegation äußerst wertvolle Erkenntnisse für ihre späteren Treffen.

- **Observer Research Foundation**

Die Observer Research Foundation (ORF) ist eine unabhängige Denkfabrik, die sich mit der öffentlichen Politik befasst und dabei ein breites Spektrum an Themen von nationaler und internationaler Bedeutung abdeckt. Die Delegation wurde von Herrn Sunjoy Joshi, dem Leiter der ORF, empfangen, der in seinen einleitenden Worten die enge Verbindung der Stiftung zur EU betonte.

- **BRICS-Länder (Redner: H.H.S. Vishwanathan und Samir Saran)**

Botschafter H.H.S. Vishwanathan informierte die Delegation, dass die BRICS-Länder inzwischen mehr als nur ein „Investitionsziel“ seien und die Gruppe zunehmend eine politische Dimension habe. Die fünf aufstrebenden Mächte der Gruppe verzeichneten eindrucksvolle Wachstumsraten und arbeiteten – trotz ihrer Unterschiede – gemeinsam daran, einen „alternativen Weg“ zu verfolgen.

Das Versagen des IWF, das Problem der Subprime-Hypotheken vorherzusehen, sei ein Weckruf gewesen, und die BRICS-Länder forderten eine Reform der internationalen Finanzarchitektur. Die Weltbank habe sich nicht energisch genug für die Bekämpfung der Armut eingesetzt. Diese Kritikpunkte spiegelten sich in der Erklärung von Delhi wider, die von den fünf Ländern am 29. März 2012 unterzeichnet wurde.

Samir Saran informierte die Teilnehmer über die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der BRICS-Länder. Er wies darauf hin, dass man sich in der Erklärung von Delhi auch auf die Gründung einer Entwicklungsbank für die BRICS-Länder im Jahr 2012 verständigt habe, die Infrastrukturprojekte finanzieren und als alternativer Kreditgeber für die Weltbank und andere Finanzinstitute auftreten werde. Die neue Bank sei als Ergänzung – und nicht als Ersatz – für bestehende Finanzinstrumente bestimmt. Alle BRICS-Länder wären zu gleichen Teilen an der Bank beteiligt. Sie orientiere sich an den Modellen der Entwicklungsbanken in Südafrika und Brasilien, bei denen sehr viele Fördermittel in den KMU-Sektor fließen. Außerdem sei eine BRICS Exchange Alliance ins Leben gerufen worden, eine gemeinsame Initiative der BRICS-Wertpapierbörsen.

Die BRICS-Länder seien eine „situationsbezogene Gruppe“ ohne feste Agenda, befassten sich jedoch allmählich mit einem breiten Spektrum politischer Themen. In der Erklärung von Delhi sei die Wichtigkeit einer multilateralen Diplomatie im

Rahmen der Vereinten Nationen und der Gewaltverzicht in internationalen Beziehungen unterstrichen worden. Die Gruppe bekenne sich zur Vermeidung von Konfrontation und sei offen für Beziehungen zu Ländern außerhalb der BRICS-Gruppe. Außerdem befasse sie sich mit der Entwicklung neuer Ideen und dem Austausch bewährter Verfahren. Es sei wichtig, die Gruppe nicht überzubewerten; sie sei kein „hegemoniales Instrument der Expansion“ und trete nicht gegen andere Gruppen an.

Auf Äußerungen von MdEP hin betonte die indische Seite, dass die BRICS-Gruppe das bestehende System der Weltordnungspolitik nicht „infrage stelle“, sondern die fünf Länder eine Reform des Systems anstrebten, da die „Kursversetzung nicht hinnehmbar“ sei. Es wurde eingeräumt, dass es Differenzen innerhalb der BRICS-Länder gebe. Die Gruppe biete jedoch ein Forum, das dazu beitragen könnte, solchen Streitigkeiten „die Spitze zu nehmen“. Die BRICS-Gruppe könnte als eine „Denkfabrik der Schwellenländer“ mit Parallelen zur OECD betrachtet werden.

- **Energie und Klimawandel (Redner: Sunjoy Joshi und Lydia Powell)**

Herr Sunjoy Joshi, Leiter der ORF, skizzierte die aktuellen Herausforderungen, denen Indien im Energiebereich gegenübersteht. Wie er ausführte, liege Indiens aktuelle Wachstumsrate bei rund 8 % p. a. Dennoch hätten 400 Millionen Menschen keinen Strom, und der gegenwärtige Pro-Kopf-Energieverbrauch in Indien sei sehr viel geringer als in der EU. Eine Politik der Entwicklung – die im Einklang mit den Millennium-Entwicklungszielen stehe – habe deshalb Vorrang, und die EU müsse diese grundlegende Tatsache anerkennen. Die Inder lehnten jeden Versuch der Industrienationen, das Wachstum Indiens zu blockieren, und jede Politik eines „grünen Protektionismus“ ab. Die Botschaft an die MdEP lautete: „Verurteile niemanden, bevor du nicht in seiner Lage warst.“

Indien müsse eine ausreichende Energieversorgung für seine Entwicklung sicherstellen. Die abbaubaren Kohlevorkommen seien begrenzt, und die Welt habe deshalb bezüglich der CO₂-Emissionen „nicht viel zu befürchten“. Ein großer Teil des Wachstums würde mit dem Erdgas aus Zentralasien und Russland gespeist werden. Die derzeit im Bau befindliche Gaspipeline zwischen dem Iran und Pakistan könnte ebenfalls eine künftige Energiequelle bilden.

Die Delegation des Europäischen Parlaments stellte fest, dass die EU derzeit 50 % ihrer Energie importiert und diese Zahl bis 2025 auf 70 % ansteigen dürfte. Viele dieser Einfuhren kämen aus unbeständigen Regionen der Welt, und es sei dringend notwendig, andere Energiequellen – insbesondere erneuerbare Energieträger und „saubere Technologien“ – zu entwickeln. Es wurden die Vorteile betont, die sich aus einer Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien im Bereich Forschung und Entwicklung ergäben.

- **Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien**

Herr M.K. Venu erläuterte die wichtigsten Punkte der indischen Haltung zum Freihandelsabkommen (FHA) zwischen der EU und Indien. Wie er betonte, erwarte Delhi von der EU, dass sie einen „flexibleren Ansatz“ verfolge und anerkenne, dass

Indien – mit einem Bevölkerungsanteil von 30 %, der in extremer Armut lebe – in vielen Bereichen wirtschaftlich weniger entwickelt sei. Die öffentliche Auftragsvergabe in Indien – insbesondere in den 28 Bundesstaaten – sei recht eng mit der Entwicklungspolitik des Landes verknüpft. Außerdem sei es unwahrscheinlich, dass europäische Banken in ärmeren Staaten geschäftlich tätig werden wollten.

Wie der Redner ausführte, seien 80 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Indien klein und würden durch subventionierte Agrarimporte aus der EU in Mitleidenschaft gezogen. Indien werde auch beim Thema Autoimporte aus der EU nicht „einlenken“, und Weine und Spirituosen stellten weiterhin eine „große Hürde“ dar. Ferner gab es Bedenken hinsichtlich der Öffnung des indischen Marktes für den Masseneinzelhandel und der schädigenden Auswirkung, die dies auf die 12 Millionen Tante-Emma-Läden hätte. Der Redner behauptete auch, dass die EU auf zahlreichen nichttarifären Hemmnissen, beispielsweise Visumbeschränkungen, beharren würde.

Außerdem wurde angemerkt, dass die Welt ein Interesse daran habe, Indien bei der Anhebung des Lebensstandards seiner Bevölkerung zu helfen, weil Armut Beine habe und zur Wirtschaftsmigration führen könne. Die Vorteile einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten – insbesondere in Bereichen wie Wissenschaft und Technologie – wurden unterstrichen.

Die EP-Seite konnte viele von der indischen Seite geäußerte Bedenken nachvollziehen. Sie hob hervor, dass das Problem der Datenexklusivität gelöst worden sei. Die MdEP würdigten auch die Bedenken bezüglich der Nahrungsmittelsicherheit und sahen die Wichtigkeit ein, die Zukunft der indischen Landwirtschaft zu sichern. Die Delegation betonte, dass eine Klausel zur nachhaltigen Entwicklung ein „roter Faden“ für das Europäische Parlament sei. Man einigte sich darauf, dass die offenen Punkte mit Diplomatie und Führungsgeschick gelöst werden müssten.

Das Gespräch wurde bei einem informellen Mittagsbuffet fortgesetzt.

Anschließend fuhr die Delegation zum indischen Parlament, wo sie einer Debatte im Lok Sabha beiwohnte.

- **Treffen mit Herrn Shanta Kumar (Vorsitzender) und anderen Mitgliedern des ständigen Ausschusses für Handel**

Anwesende indische MdP: C.M. Chang, E.M. Sudarsana, Natchiappan, Jagdish Sharma, K.P. Dhanap Alan, Kantilal Buria.

Herr Kumar erläuterte die Aufgabe des Ausschusses, der einer von 24 ständigen Ausschüssen sei, die sich jeweils aus 10 Mitgliedern des Rajya Sabha und 21 Mitgliedern des Lok Sabha zusammensetzten. In Indien übten die Ausschüsse nur eine beratende Funktion im Gesetzgebungsverfahren aus, und ihre „Empfehlungen“ seien für die Regierung nicht verbindlich. Die Befugnis zur Ratifizierung von FTA liege bei der Exekutive. Dem wurde die notwendige Zustimmung des Europäischen Parlaments beim Abschluss von Abkommen gegenübergestellt.

Herr Kumar betonte, dass interparlamentarische Besuche ein ausgezeichnetes Forum für den Meinungsaustausch darstellten und eine ausgezeichnete Gelegenheit seien, das Vertrauen zwischen Indien und seinen Partnern zu vertiefen.

Die indische Seite hob hervor, dass ein Handelsabkommen mit Indien im Kontext der enormen Vielfalt des Landes und der erheblichen Befugnisse der bundesstaatlichen Regierungen zu betrachten sei. Sie wiesen auf die in Indien vorhandenen Mechanismen hin, um die unterschiedlichen ethnischen Gruppen und Kulturen auf dem Subkontinent zu integrieren. Ein gemeinsamer Markt in Indien sei erst 1976-77, fast 30 Jahre nach der Unabhängigkeit, erreicht worden. Nach wie würden Steuern auf Ebene der Bundesstaaten erhoben.

Es wurde darauf hingewiesen, dass sich das indische Agrarmodell von dem der EU unterscheidet, obgleich die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung zunehmend an Bedeutung gewinne. Nach hinduistischem Glauben seien Erfindungen ein Geschenk Gottes und dürften nichts kosten. Diese Philosophie werde jedoch gerade angepasst, um Indien auf den Stand modernerer Ansätze in der Landwirtschaft zu bringen.

Wie die EP-Delegation betonte, hätten die Verhandlungen über das FHA zwischen der EU und Indien Fortschritte gemacht und machten auch weiterhin Fortschritte. Ein ehrgeiziges, weitreichendes Abkommen sei wichtig, da ein intensiverer Handel zwischen den beiden Seiten dazu beitragen würde, das Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Zu Bereichen der Zusammenarbeit könnte die Förderung des Fremdenverkehrs in ländlichen Gegenden und die Entwicklung umweltfreundlicher Kohlenutzungstechnologien gehören. Es wurde auf die extrem schweren wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen hingewiesen, mit denen die EU konfrontiert sei.

- **Treffen mit Dr. Karan Singh (MdP) und anderen Mitgliedern des ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten**

Anwesende indische MdP: Shashi Tharoor, Dr. Bhala Singh, H.K. Dua, Shivanand Tiwari, B.P. Baishya, J. Swamy.

Dr. Singh unterstrich die Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und Indien und die Rolle der EU als Inspirationsquelle für andere regionale Gruppierungen wie die SAARC. „Tatsächlich sind wir (in Indien) von der EU begeisterter als die Europäer!“, erklärte er. Beide Seiten waren sich einig, dass persönliche Kontakte gefördert werden müssten, und befürworteten die Entwicklung des Erasmus-Mundus-Programms. Dr. Singh betonte die gemeinsamen Interessen bei der dauerhaften Befriedung Afghanistans, der Bekämpfung der Piraterie im Indischen Ozean und beim Abschluss des FHA.

Seiner Ansicht nach zeige die EU auch, dass wirtschaftliche Integration eine wichtige Rolle bei der Verhütung von Kriegen spielen könne. Es gebe diesbezüglich eindeutige Parallelen zu den BRICS-Ländern, die ebenfalls das Potenzial hätten, eine Quelle der „Stärke und des Friedens“ zu werden, selbst wenn die fünf Staaten nicht immer einer Meinung seien.

Die indische Seite sah die Notwendigkeit ein, auf den Klimawandel zu reagieren und sich für eine umweltfreundlichere Welt einzusetzen. Dennoch betonte sie, dass 600 Millionen Inder ohne Strom seien und die wirtschaftliche Entwicklung dringend weiter vorangetrieben werden müsse, insbesondere in Anbetracht dessen, dass die indische Bevölkerung mit einem Tempo „von einem Australien pro Jahr“ weiter wachse. Das schlechte Image Indiens sei ungerechtfertigt, da in dem Land gegenwärtig 17 % der Weltbevölkerung lebten, es aber für weniger als 4 % der weltweiten Emissionen verantwortlich sei. Diese Pro-Kopf-Emission liege weit unter der Chinas. Die Regierung sei intensiv bestrebt, die Einführung umweltfreundlicher Technologien zu beschleunigen und erneuerbare Energien wie Sonnenenergie und Windkraft zu fördern.

Die indischen MDP betonten, dass auf ihrer Seite Bereitschaft bestehe, Beziehungen zu Pakistan zu entwickeln; diese Bemühungen würden jedoch häufig durch Terrorangriffe wie die Anschläge in Mumbai untergraben. Der Handel zwischen den beiden Ländern sei durch die ungünstige politische Lage stark eingeschränkt; dies könnte sich jedoch ändern, wenn Indien von Pakistan den Meistbegünstigtenstatus erhalte. Es könnten Verbindungen zur Zivilgesellschaft in Pakistan aufgebaut werden, die „gebildeter als die pakistanische Armee“ sei.

Wie die indischen MDP betonten, gebe es kein Patentrezept für die Herausforderungen, die durch den Arabischen Frühling entstanden seien. Es wurden einige Bedenken hinsichtlich des Aufstiegs des politischen Islam geäußert. Es könne auch nicht vergessen werden, dass Ägypten unter seiner früheren Regierung ein enger Verbündeter gewesen sei. Dennoch begrüße Delhi die Entwicklung der Demokratie in der Region und sei bisher mit den Ergebnissen der Wahlen in Ägypten und Tunesien „zufrieden“.

- **Runder Tisch und Arbeitsessen zum Thema Menschenrechte**

Indische Teilnehmer am Runden Tisch vor dem Arbeitsessen: Madhu Kishwar, Iliana Sen, Swami Agnivesh, Kailash Satyarthi, Reetika Khera, Dr. Subramanyam, Lenin Raguwanshi, Maja Darunala, Subas Chakma, Justice Sachar, Gautam Vohra, Binayak Sen, Nishant Alag

Abends fand ein Runder Tisch statt, bei dem Vertreter von NRO im Bereich der Menschenrechte die Arbeit ihrer Organisationen darlegten. Im Anschluss daran folgte ein Arbeitsessen, bei dem es um die Themen Rechte der Frauen, Rechte des Kindes, Folter und Menschenrechtsaktivisten ging.

Dienstag, 1. Mai

- **Treffen im European Business and Technology Centre (EBTC) auf Einladung von EBTC-Direktor Poul Jensen**

Herr Jensen erläuterte die Arbeit des EBTC, das als Anlaufstelle für europäische Unternehmen und Wissenschaftler gegründet worden sei, die in den indischen Markt eintreten wollen. Der Beschluss zur Einrichtung des EBTC sei auf dem Gipfeltreffen

EU-Indien 2008 in Marseille gefasst worden. Einen Schwerpunkt bilde die Förderung von sauberen und umweltfreundlichen Technologien. Der Hauptsitz befinde sich in New Delhi mit drei regionalen Niederlassungen in Mumbai, Bangalore und Kolkata. Das EBTC konzentriere sich auf vier Zukunftsbranchen, in denen ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 15 % verzeichnet werde: Biotechnologie, Energie, Umwelt und Verkehr. Die mit Abstand meisten Möglichkeiten entfielen auf die Bereiche Energie und Umwelt.

Das EBTC sei Teil der EU-Strategie „Global Europe“ und des Small Business Act, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der EU auf dem Weltmarkt erhöht werden solle. Bis 2017 würde es EU-Fördermittel erhalten, danach solle es sich selbst tragen. Es arbeite mit bestehenden Netzwerken, Initiativen und Institutionen in Indien und der EU zusammen.

Der Handel mit Indien habe nur einen Anteil von 1,8 % am gesamten Handelsaufkommen der EU und der Marktanteil der EU in Indien würde sich rückläufig entwickeln. Es sei daher wichtig, europäische Unternehmen zu unterstützen, die das Potenzial besitzen, Handelsbeziehungen zu Indien aufzubauen. Das EBTC habe Seminare oder „Indien-Tage“ in europäischen Ländern veranstaltet, um die Unternehmen über die Möglichkeiten auf dem indischen Markt zu informieren.

Herr Jensen vertrat die Auffassung, dass die Verletzung der Rechte an geistigem Eigentum in Indien ein geringeres Problem als in China darstelle. Die entsprechenden Rechtsvorschriften existierten und seien kürzlich aktualisiert worden, würden aber nicht unbedingt durchgesetzt. Seiner Meinung sei die Situation „kontrollierbar“, aber es bestehe „immer ein Risiko“. Die wachsende Anzahl indischer Unternehmen, die in den Weltmarkt eintreten, habe dazu geführt, dass innerhalb Indiens der Druck nach einer Regelung zunehme, die einen wirksameren Schutz biete.

- **Treffen mit Frau Preneet Kaur, Parlamentarische Staatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten**

Frau Kaur gab einen Überblick über die Beziehung zwischen der EU und Indien. Sie betonte, dass das letzte Gipfeltreffen erfolgreich gewesen sei und „erhebliche positive Fortschritte“ beim FHA zwischen der EU und Indien erzielt worden seien. Wie sie anmerkte, sei das indische Parlament dabei, eine parlamentarische Freundschaftsgruppe mit dem EP zu bilden, damit ein intensiverer Austausch stattfinden könne.

Sie unterstrich, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien bei der Bewältigung gemeinsamer globaler Herausforderungen sei, und betonte insbesondere den Nutzen der Entwicklung sauberer Energien und der Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung. Sie freue sich auf die Schaffung eines „Umfelds, in dem sich echte Spezialisten frei bewegen können“. Wie viele andere Gesprächspartner lobte sie das Erasmus-Mundus-Programm. Die MdP räumten unterschiedliche Standpunkte der Mitgliedstaaten bezüglich der „Modus 4“-Bestimmungen ein.

Die EP-Seite wies darauf hin, dass die Doha-Runde blockiert sei und die bestehenden bilateralen Rahmen aufgrund der fehlenden Fortschritte im multilateralen Ansatz

aufgewertet werden müssten. Das FHA sei ein Schritt zu einer viel tieferen Beziehung, die die Stabilität fördern und die politische Partnerschaft stärken würde. Die Wichtigkeit einer Klausel zur nachhaltigen Entwicklung wurde bekräftigt. Wie Frau Kaur betonte, sei ihre Regierung nicht der Auffassung, dass der Handel als Instrument benutzt werden sollte, um soziale Fragen zu behandeln. Es wurde auch über die Problematik der nicht vollständigen Liberalisierung des indischen Marktes für öffentliche Aufträge auf Ebene der Bundesstaaten gesprochen.

Das ETS wurde ebenfalls angeschnitten, wobei die MdEP betonten, dass die Compliance-Kosten dieses Systems minimal seien. Die Staatssekretärin antwortete, das indische Ministerium für Zivilluftfahrt habe in dieser Angelegenheit eine klare Haltung. Die Maßnahme der EU sei einseitig und verstoße gegen das Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt (das „Chicagoer Abkommen“).

- **Information über die Lage in den tamilischen Flüchtlingslagern – Peter Burgess (ECHO Indien)**

Wie Herr Burgess erläuterte, kommen seit 1983 Flüchtlinge aus Sri Lanka nach Tamil Nadu. Derzeit gebe es über 68 000 Flüchtlinge in 112 Lagern, weitere 32 000 lebten außerhalb der Lager. Sie hätten keinen Flüchtlingsstatus, weil Indien die UN-Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet habe. Ungeachtet dessen gelte Indien als gastfreundliches Land für Asylbewerber. Der UNHCR habe jedoch keinen Zugang zu den Lagern. 30 000 Flüchtlinge hätten keinen Staatsbürgerschaftsnachweis und seien somit offiziell staatenlos.

Die Rückkehr der Flüchtlinge nach Sri Lanka seit Ende des Konflikts im Mai 2009 verlaufe langsamer als erwartet. Nur rund 4 000 (anstatt der vorhergesagten 25 000) seien bisher zurückgekehrt. Die meisten würden noch auf Zusagen hinsichtlich einer sicheren und nachhaltigen Rückkehr warten. Der Zugang zur Grundversorgung in Tamil Nadu sei zufriedenstellend – „sie leben nicht unter Slumbedingungen“ –, und die Flüchtlinge seien relativ gut integriert, obgleich die Bedingungen je nach Bundesstaat variierten.

Dennoch sei das Arbeitsangebot begrenzt und der Zugang zu Hochschulbildung schwierig. Politischer Aktivismus werde verhindert, und die Kommunikation sei eng beschränkt.

Die GD ECHO hat seit 2002 4,7 Mio. EUR für humanitäre Hilfe in den Lagern zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung erfolgt über ein Konsortium, dem Christian Aid, der Dänische Flüchtlingsrat und ADRA (Adventist Development and Relief Agency) angehören. Der Schwerpunkt hat sich von der Bereitstellung lebenswichtiger Waren auf die Verbesserung der Wiedereingliederungsfähigkeit der Flüchtlinge in die Gesellschaft, entweder in Tamil Nadu oder in Sri Lanka, verlagert. ECHO ist bestrebt, die Lücken zu ermitteln und zu schließen, auch wenn ihre Mittel äußerst begrenzt sind.

Die Situation der Flüchtlinge ist ein großes politisches Thema in Tamil Nadu – vor allem in Wahlkampfzeiten –, da ein starkes Gefühl ethnischer Verbundenheit unter den Tamilen herrscht. Die bundesstaatliche Regierung – und vor allem die derzeitige Oppositionspartei DMK (ein Partner der von der Kongresspartei geführten

Koalitionsregierung (United Progressive Alliance, UPA) in New Delhi) – hat einen starken Einfluss auf die Haltung der Zentralregierung gegenüber den Behörden in Sri Lanka. Im März 2012 stimmte Indien im UN-Menschenrechtsrat für die Resolution, in der die Regierung in Colombo aufgefordert wird, die Empfehlungen der *Kommission Vergangenheitsbewältigung und Versöhnung* von Präsident Rajapaksa umzusetzen. Dies war das erste Mal, dass Delhi eine landesspezifische Resolution im UNHCR gebilligt hat.

Es wurde festgestellt, dass die Gruppe der Dalit sich häufig in der schwierigsten Lage befinde, vor allem deshalb, weil sie im tief gelegenen Land an der Küste lebe. Tatsächlich gebe es dokumentierte Nachweise dafür, dass sie von Hilfszuwendungen nach dem Zyklon Thane Ende 2011 ausgeschlossen worden sei.

• **Runder Tisch zum FHA EU-Indien mit Vertretern der indischen Wirtschaft**

Die Gesprächsrunde fand unter dem Vorsitz von Herrn Y.K. Modi, dem ehemaligen Präsidenten des Dachverbandes der indischen Handelskammern (FICCI) und gegenwärtigen Vorsitzenden der FICCI-Ausschüsse WTO und FHA, statt. Zu Beginn des Treffens würdigte die EP-Delegation die wichtige Rolle des FICCI bei der Zusammenführung von Abgeordneten des indischen und Europäischen Parlaments.

Herr Modi betonte, dass die Zölle liberalisiert werden müssten, es aber wichtig sei, sich gegen nichttarifäre Hemmnisse zu schützen. Er argumentierte, dass nicht handelsbezogene Themen nicht in das FHA aufgenommen werden sollten. Er wies auf das enorme unerschlossene Potenzial im Dienstleistungssektor und das Fachwissen der EU in diesem Bereich hin.

Wie festgestellt wurde, ergänzen die Volkswirtschaften der EU und Indien einander und sind sehr ausgewogen (50,7 % des Handels verläuft von der EU nach Indien und 49,3 % in die andere Richtung). Die MdEP hoben die gewaltige Ausweitung des Handelsvolumens zwischen der EU und Indien hervor, das sich im Zeitraum 1988 bis 2012 verzwanzigfacht habe. Die EU habe sich klar für eine strategische Partnerschaft mit Indien entschieden, und das FHA bilde einen zentralen Bestandteil in dieser weitreichenden Beziehung.

Die MdEP schnitten die folgenden Punkte an:

- die voraussichtlichen Beschränkungen des Zugangs europäischer Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen auf Ebene der Bundesstaaten. Es wurde über die Möglichkeit einer „Verfallsklausel“ diskutiert, gemäß der diese Situation nach fünf Jahren erneut geprüft würde;
- die Notwendigkeit, eine Klausel zur nachhaltigen Entwicklung aufzunehmen, die ein „roter Faden“ für das Europäische Parlament sei;
- das Fehlen ausreichender Bestimmungen zum Schutz der Rechte des geistigen Eigentums und die Verluste, die der Filmindustrie durch Online-Piraterie entstehen; es wurde betont, dass das indische Parlament das Gesetz zum Urheberrecht verabschieden müsse;
- die klaren Aussagen der Europäischen Kommission, dass das FHA keine Verpflichtung enthalten werde, eine Datenexklusivität für pharmazeutische Erzeugnisse aufzunehmen.

Herr Modi verstand die Bedenken der MdEP in vielen dieser Punkte und betonte, dass der FICCI versuche, die indische Regierung davon zu überzeugen, zu einer Einigung mit der EU zu gelangen. Wie er anmerkte, herrsche in Indien Sorge über die Errichtung nichttarifärer Hemmnisse durch die EU. Er argumentierte, das FHA sei für bestimmte Bestimmungen nicht das richtige Forum und behauptete, dass Themen wie Arbeitnehmerrechte in der Internationalen Arbeitsorganisation behandelt werden sollten. Er hob jedoch hervor, dass dies „kein unüberwindliches Hindernis“ zu sein brauche. Er führte weiter aus, dass einige europäische Unternehmen versucht hätten, Produktmonopole für einen Zeitraum von sechs bis zwölf Jahren zu erlangen, was für die indische Seite inakzeptabel sei.

Beim anschließenden Treffen der Delegation mit den EU-Missionsleitern oder deren Vertretern fand ein Meinungs austausch über die wichtigsten Themen der Beziehung zwischen der EU und Indien statt. Es folgte ein Arbeitsessen mit dem Abgeordnetenforum des FICCI, bei dem weiter über das FHA zwischen der EU und Indien, über Klimawandel und Energie und über außenpolitische Themen diskutiert wurde.

Mittwoch, 2. Mai 2012

Die Delegation reiste morgens nach Chennai und besuchte dort gleich das Indian Institute of Technology Madras.

- **Treffen mit Professor Bhaskar Ramamurthi, Leiter des Indian Institute of Technology Madras**

Professor Ramamurthi wies darauf hin, dass das erste indische Institut für Technologie vor 60 Jahren mit Unterstützung der Vereinten Nationen entstanden sei. Das Madras-Institut sei 1959 mit der Hilfe der Bundesrepublik Deutschland gegründet worden.

Das Institut arbeite mit der EU, den USA, Australien, China, Südkorea, Japan und Malaysia zusammen. Es bestehe weiterer Spielraum für die Ausweitung der Verbindungen, insbesondere mit Lateinamerika und Afrika.

Das Institut leiste auch erhebliche Unterstützung für Studiengänge in den Sozial- und Geisteswissenschaften, und es gebe viele interdisziplinäre Tätigkeiten. Die Absolventen sicherten Arbeitsplätze sowohl in Indien als auch im Ausland. Inzwischen befürchte man weniger, dass das Land qualifizierte Arbeitskräfte verlieren könnte – „obwohl uns dies früher Sorgen bereitet hat“.

Professor Ramamurthi erläuterte ausführlich die Zusammenarbeit mit der EU, einschließlich Studentenaustausch und Kooperationen mit europäischen akademischen Forschungseinrichtungen, die sich auf rund 15 Mitgliedstaaten erstreckt. Es wurden Gespräche geführt, wie diese Zusammenarbeit intensiviert werden könnte. Allgemein wurde befürwortet, die persönlichen Kontakte auf

akademischer Ebene zu fördern, unter anderem durch gemeinsame Doktorandenprogramme und eine Forcierung des akademischen Austauschs.

Ein besonderer Bereich der Zusammenarbeit mit bedeutendem Potenzial sei die Umwandlung von CO₂, die eine Ertragsquelle anstatt eine Quelle der Verschmutzung sein könnte.

Ein Hemmnis für eine intensivere Zusammenarbeit mit der EU bestehe darin, dass Fördermittel zu Beginn der Vorhaben und nicht in späteren Phasen zur Verfügung stehen sollten. Es wurde darauf hingewiesen, dass nur die reichsten Hochschulen es sich leisten könnten, Forschungsprojekte ohne finanzielle Mittel auf den Weg zu bringen und indische Unternehmen Forschung und Entwicklung im Allgemeinen nur zögerlich unterstützten.

Außerdem wurde nachdrücklich dafür plädiert, dass die EU langfristige Visa für Wissenschaftler gewährt, da diese derzeit immer wieder neu beantragen müssten.

Es bestand allgemeine Einigkeit darüber, dass das Siebte Rahmenprogramm (RP7) ein Erfolg gewesen sei. Das Nachfolgeprogramm ab 2014 ist Horizont 2020.

Donnerstag, 3. Mai

• Treffen mit Dr. K. Rosaiah, Gouverneur von Tamil Nadu

Bei diesem Treffen konnten viele Mitglieder ihre Bekanntschaft mit Dr. Rosaiah erneuern, den sie 2011 in Hyderabad kennengelernt hatten, als er Ministerpräsident von Andhra Pradesh war.

Im Verlauf des Gesprächs wurden folgende Punkte angeschnitten:

- die Möglichkeiten der Abgeordneten, Tamil Nadu näher an die EU heranzuführen;
- die Beziehung zwischen der zentralen Regierung und den bundesstaatlichen Regierungen in Indien;
- die Zusammenarbeit zwischen der EU und Indien bei Themen wie dem Schutz der Wälder und dem Ausbau der Sonnenenergie (Tamil Nadu hat 300 Sonnentage);
- Umweltprobleme, mit denen Tamil Nadu konfrontiert ist, wie Wasserknappheit und andere Auswirkungen des Klimawandels;
- die wichtigsten Punkte des FHA zwischen der EU und Indien für Tamil Nadu;
- die Aussichten für EU-Investitionen in Tamil Nadu;
- die Lage der tamilischen Flüchtlinge aus Sri Lanka in Tamil Nadu und die mögliche Rückkehr in ihr Heimatland.

Anschließend besuchte die Delegation die gesetzgebende Versammlung von Tamil Nadu, wo sie während der Plenartagung vom Sprecher offiziell begrüßt wurde.

• Treffen mit Frau Jayalalithaa, Ministerpräsidentin von Tamil Nadu

Die Ministerpräsidentin merkte in Beantwortung der Fragen der MdEP Folgendes an:

- Die Regierung des Bundesstaates Tamil Nadu unterstütze die Rechte der tamilischen Minderheit in Sri Lanka, nicht aber die LTTE.
 - Es gebe keine Probleme mehr mit den tamilischen Flüchtlingen in Indien.
 - Es gebe einige Spannungen mit Sri Lanka, darunter Angriffe sri-lankischer Streitkräfte auf Fischer aus Tamil Nadu und die anhaltende Kontroverse über die Insel Kachchatheeva, die 1974 von der indischen Zentralregierung an Sri Lanka abgetreten wurde – eine Entscheidung, die von der Regierung von Tamil Nadu nach wie vor angefochten werde.
 - Allgemein lebten die Religionen und Kasten in Tamil Nadu einträchtig zusammen, und die Naxaliten stellten keine Bedrohung dar.
 - Das Kernkraftwerk Kudankulam (das auf großen Widerstand gestoßen sei) werde gerade fertig gestellt und bald in Betrieb genommen.
 - Das Wasser werde aus Seen entnommen, um sicherzustellen, dass die Landwirte eine ausreichende Versorgung haben; die Regierung habe jedoch Maßnahmen ergriffen, die einen übermäßigen Verbrauch verhindern sollen.
 - Die Automobilherstellung sei einer der wichtigsten Industriezweige im Bundesstaat, der auch das „Detroit Asiens“ genannt werde und das Ziel habe, sich zur Drehscheibe für die Autoproduktion in Asien zu entwickeln.
- **Runder Tisch zu regionalen Sicherheitsfragen mit dem Centre for Security Analysis**

Die Delegation wurde von Dr. Geeta Madhuharan begrüßt, der einen Rückblick auf die zehnjährige Geschichte des Centre for Security Analysis gab.

Die Eröffnungsansprache hielt Lt. General V.R. Raghavan (a. D.), der Präsident des Zentrums. Er betonte, dass Indien hohe Achtung vor der EU als wirtschaftliche Supermacht habe. Nach Auffassung der indischen Regierung entspreche ihre geteilte und uneinheitliche Außenpolitik jedoch nicht dieser Wirtschaftsmacht.

Als Prioritäten Indiens nannte er:

- Wirtschaftswachstum, da 40 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten;
- politische Stabilität, die nur mit Wirtschaftswachstum möglich sei;
- innere Sicherheit;
- Frieden in der Nachbarregion.

Der Aufstieg Chinas könnte als eine Bedrohung angesehen werden, insbesondere in Anbetracht dessen, dass Peking in den letzten Jahren selbstbewusster geworden sei.

Die Beziehungen zwischen Indien und China würden stets von den Beziehungen zwischen China und den USA beeinflusst werden.

Es wurde betont, dass das Wettrüsten ein weltweites Phänomen sei und auch auf Asien und die Pazifikregion zutreffe. Die Länder in der Region hätten auf die Handlungen der Chinesen reagiert, indem sie immer mehr Waffen kauften. Indien müsse sich ebenfalls schützen und wolle eine Stärke aufbauen, bei der sich Peking einen Angriff gründlich überlegen würde. (Viele Länder, auch Indien, seien vom französischen Modell der „force de frappe“ inspiriert worden.) China sei jedoch erst dann bereit, Abrüstungsgespräche aufzunehmen, wenn die USA und Russland ihre Arsenale verringert hätten. General Raghavan zeichnete ein düsteres Bild, da seiner Einschätzung nach derzeit keine Seite bereit sei nachzugeben und der Abrüstungsprozess dementsprechend sehr langwierig sei.

Es gebe Befürchtungen, dass Afghanistan erneut eine Drehscheibe des internationalen Terrorismus werden könnte. „Die EU möchte helfen, will die Soldaten aber keiner Gefahr aussetzen.“ Indien sei gern bereit, Afghanistan zu helfen, habe aber nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Kabuls einzumischen. Wie eine kürzliche Umfrage ergeben habe, sei Indien unter Afghanen das beliebteste ausländische Land.

Nach Auffassung der indischen Regierung würde die Lage in Syrien durch Sanktionen nicht gelöst werden. Ein Regimewechsel sei nicht die richtige politische Vorgehensweise, insbesondere dann nicht, wenn er selektiv erfolge. Die Geschehnisse in Syrien seien jedoch unrecht und sollten gestoppt werden – die Frage sei, wie dies erreicht werden könne.

Indien fühle sich in der Frage der Bekämpfung des Klimawandels ungerechtfertigterweise von der EU kritisiert; dabei sei doch Europa ein Hauptverursacher des Problems. Dieses Thema gebe derzeit Anlass für Spannungen zwischen den beiden Seiten. Indien müsse Energieressourcen entwickeln, um ihre Bevölkerung aus der Armut zu führen, und die Kernenergie werde als die sicherste Option betrachtet. Die indische Seite stimme jedoch zu, dass alle Länder verpflichtet seien, Umweltnormen durchzusetzen.

Die EP-Delegation betonte, dass die EU ein „Instrument der Wahl“ zur Bewältigung großer globaler Herausforderungen wie der Klimaveränderung sei. Sie habe keine militärische Stärke aufgebaut und spreche daher mit leiser Stimme und halte eine „große Karotte (!)“ hin.

Die MdEP argumentierten, dass ein FHA nicht nur ein Mittel zur Förderung des Handels zwischen der EU und Indien, sondern gleichzeitig ein Schritt zu einer tieferen strategischen Partnerschaft sei, die auf gemeinsamen Werten basiere. Als wichtigste Bereiche für eine Zusammenarbeit wurden Wissenschaft und Technologie, Klimawandel, Kultur und Sicherheit genannt.

- **Treffen mit Herrn Thiru D. Jayakumar, Sprecher der gesetzgebenden Versammlung von Tamil Nadu**

Herr Jayakumar gab einen Überblick über die Regierung des Bundesstaates Tamil Nadu. Er führte unter anderem aus, dass Tamil Nadu mit 72 Millionen Einwohnern der siebtbevölkerungsreichste Bundesstaat des Landes sei und den viertgrößten Beitrag zum indischen BIP leiste. Er sei eine „Oase des Friedens, in der Menschen aller Religionen, Rassen und Sprachgruppen in völliger Harmonie und Mitmenschlichkeit zusammenleben“. Er erläuterte die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Bundesstaates, insbesondere im Maschinenbau-, Automobil-, Textil- und Baumwollsektor. Außerdem gebe es umfangreiche ausländische Investitionen durch Unternehmen wie Nokia, Philips, Daimler, Saint Gobain, Amway, Hitachi und Yamaha.

Die EP-Delegation erhielt Exemplare des Dokuments „Tamil Nadu Vision 2023“, in dem der Plan für die nächsten zehn Jahre dargelegt wird. Er zielt auf ein integratives Wachstum ab und sieht vor, mit einem sechsfachen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens die Armut im Bundesstaat zu beseitigen. Soziale Maßnahmen waren ein besonderes Thema des Sprechers, der unter anderem auf die öffentliche Verteilung von Reis und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung hinwies. (Chennai wurde als die „Gesundheitsdrehzscheibe“ Indiens bezeichnet.) Ein Rekordbetrag sei für Bildung bereitgestellt worden, die bis zum Alter von 16 Jahren kostenlos sei. Im Umweltschutzbereich gebe es ein großes Aufforstungsprogramm.

Die MdEP wurden auch über die Zusammensetzung der gesetzgebenden Versammlung informiert, die aus 235 Mitgliedern, davon 234 gewählten Mitgliedern, bestehe. 19 Abgeordnete seien Frauen. Es gebe elf Ausschüsse, darunter drei, die sich mit Finanzfragen befassen. Ihre Wahl vollziehe sich nach dem Grundsatz der proportionalen Vertretung. Der Sekretär der Versammlung erklärte auch das Verfahren auf bundesstaatlicher Ebene. Die von der AIADMK angeführte Koalition habe bei den letzten Wahlen im Mai 2011 203 Sitze gewonnen.

- **Treffen mit der International Justice Mission (IJM)**

Andy Griffiths, Field Office Director der International Justice Mission (IJM), gab einen Überblick über die Arbeit der Organisation.

Die 1997 gegründete IJM habe ihren Hauptsitz in Washington und unterhalte weltweit 14 Außenstellen. Ihr Ziel sei es, „Tausende zu retten, Millionen zu schützen und zu beweisen, dass Gerechtigkeit für die Armen möglich ist“. Das Büro in Chennai sei eine von vier Niederlassungen in Indien und beschäftige 55 Mitarbeiter, davon nur zwei Ausländer.

Das Büro in Chennai konzentriere sich darauf, die Schuldknechtschaft abzuschaffen und das öffentliche Justizsystem dazu zu bringen, sich für die Opfer dieser Praktik einzusetzen. Die IJM verfolge vier Ziele: i) Hilfe für die Opfer; ii) Zurechenhaftziehung der Täter mit der Verhängung von Urteilen, die eine echte Abschreckung darstellten; iii) Nachbetreuung der Opfer und iv) strukturelle Veränderung.

Nach Aussage von Herrn Griffiths gebe es dem HRW-Bericht „Broken People“ zufolge 40 Millionen Schuldknechte in Indien, die lange Arbeitszeiten (bis zu 18 Stunden) für weniger als den Mindestlohn und mit unzureichendem Essen leisten

müssten. (Das indische Arbeitsministerium schätzte die Zahl in seinem Jahresbericht 2010/2011 auf 288 462.) Die Arbeiter würden daran gehindert, anderswo zu arbeiten, und seien Nötigung und Gewaltandrohungen ausgesetzt. Viele Betroffene seien Angehörige der niedrigsten Kasten und registrierten Stämmen. 86 % der landesweit ermittelten Schuldknechte entfielen auf die Gruppe der Dalit (SC/ST).

Die Schuldknechtschaft sei 1976 per Gesetz offiziell abgeschafft worden. Die IJM versuche daher, die Lücke zwischen Gesetz und Wirklichkeit zu schließen, und arbeite eng mit der Regierung zusammen, um dafür zu sorgen, dass die Rechtsvorschriften eingehalten werden. „Es sind ausgezeichnete Rechtsvorschriften in Kraft, werden aber nicht durchgesetzt.“ Darüber hinaus sei die Schwere oder Verbreitung des Problems in der Gesellschaft nicht bekannt, und die IJM habe Aufklärungsprogramme durchgeführt, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren, eine Veränderung von der Regierung zu verlangen.

Aufgrund ihrer begrenzten Mittel habe sich die IJM auf bestimmte Projektgebiete konzentriert. Es sei leicht, Schuldknechte zu identifizieren, die in fast jedem Industriezweig anzutreffen seien. Es sei ganz wichtig, das Opfer vom Unterdrücker zu trennen, Informationen zu sammeln und an die Regierungsbehörden weiterzugeben. In einem jüngeren Fall seien 512 Arbeiter aus einer einzigen Ziegelfabrik befreit worden. In den letzten zehn Jahren habe IJM Chennai geholfen, über 4000 Schuldknechte zu befreien, von denen über 96 % frei geblieben seien.

Herr Griffiths betonte, dass die EU die Arbeit der IJM unterstützen könne, indem sie die Rechtsstaatlichkeit fördert und auf die Abschaffung der Schuldknechtschaft drängt. Gegenwärtig erhalte die IJM keine Mittel von der EU, würde sich darüber aber „sehr freuen“.

Der Tag endete mit einem Arbeitsessen auf Einladung der EP-Delegation für NRO, die an von der EU finanzierten Projekten in Tamil Nadu arbeiten.

Freitag, 4. Mai

- **Treffen mit Fr. Raj Irudaya, Arbeitsgruppe für humanitäre Hilfe und Vertretung der Interessen sri-lankischer Tamilen**

Fr. Raj erläuterte seine Rolle als Initiator einer Arbeitsgruppe zur Unterstützung sri-lankischer Tamilen. Er stellte der Delegation ein Memorandum mit dem Titel „A roadmap for dignified resettlement, reconciliation and durable political solution in Sri Lanka“ (Fahrplan für eine würdevolle Wiederansiedlung, Versöhnung und dauerhafte politische Lösung in Sri Lanka) vor.

In seiner Präsentation konzentrierte er sich fast ausschließlich auf die Entwicklungen in Sri Lanka nach dem Konflikt und die Lage der Binnenvertriebenen. Seine Organisation fordere die Regierung von Indien nachdrücklich auf, die Behörden in Colombo dazu anzuhalten, eine „würdevolle Wiederansiedlung, Versöhnung und dauerhafte politische Lösung in Sri Lanka“ zu erreichen. In den Vorschlägen der Arbeitsgruppe werde die Regierung von Sri Lanka auch nachdrücklich aufgefordert,

Pläne für die Wiederansiedlung und Wiedereingliederung der ethnischen tamilischen Flüchtlinge zu entwickeln, die von Indien in ihr Heimatland zurückkehren sollen.

Er bezeichnete den jahrzehntelangen Konflikt in Sri Lanka als einen „Krieg ohne Zeugen“, bei dem 200 000 Menschen verschwunden seien und der 90 000 Kriegswitwen und 70 000 Menschen mit verlorenen Gliedmaßen zurückgelassen habe. Gegenwärtig herrsche in den ehemaligen Konfliktgebieten eine „beklemmende Ruhe“ und eine starke Militarisierung in den Gebieten der ethnischen Tamilen. Er führte zahlreiche Beispiele für Menschenrechtsverletzungen an, wie die Verschleppung junger Tamilen und die Vertreibung der Menschen von dem Land, das ihre Familien seit Generationen besessen hätten. Es hätten Angriffe auf andere Religionen stattgefunden, und die Regierung, die einen militanten Buddhismus durchsetze, sei ein „Militärregime unter dem Deckmantel der Demokratie“. Die sri-lankischen Behörden wollten der Welt ein sehr positives Bild zeigen, das nicht die Realität widerspiegele.

Die Tamilen fühlten sich gegenwärtig hilflos, jedoch nehme die Spannung zu. Die indische Regierung habe sich an einem „völkermordähnlichen“ Krieg beteiligt, und ihre Rolle werde jetzt von China übernommen, das starke wirtschaftliche Interessen – aber keinen ethnischen Bezug – in Sri Lanka habe.

- **Besuch des Nokia-Werks**

Die MdEP erhielten einen Überblick über die Tätigkeit des Nokia-Werks, das in der Sonderwirtschaftszone (SEZ) nördlich von Chennai liegt.

Die wichtigsten Punkte aus der Präsentation:

- Das Werk ist die weltweit größte Fabrik des Unternehmens. Es beschäftigt über 10 000 Mitarbeiter und produziert über 300 000 Telefone pro Tag. Davon ist die Hälfte für den indischen Markt bestimmt, die andere Hälfte wird in über 100 Länder exportiert.
- Der Bau des Werks begann 2006, und „innerhalb von 21 Wochen nach der Grundsteinlegung wurde das erste Telefon produziert“. Seitdem wurden über 500 Millionen Mobiltelefone hergestellt, und das Werk hat sich auf den Massenmarkt spezialisiert.
- Das Werk „recycelt alles“ und hat zahlreiche Auszeichnungen für seine Umweltmanagementsysteme erhalten, darunter den Preis Golden Peacock 2010. Es unterhält ein robustes Rücknahmeprogramm für gebrauchte Handys, die recycelt werden. 100 % der Telefone werden geprüft, und es besteht kein Gesundheitsrisiko.
- 60 bis 70 % der Beschäftigten sind Frauen, und alle Mitarbeiter mit Familie können die Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen. Das Unternehmen legt einen starken Schwerpunkt auf seine soziale Verantwortung. Es gab Arbeitskonflikte; diese wurden jedoch gelöst, und man bemüht sich sehr um einen Dialog.

- Die Nutzung von Mobiltelefonen hat sich in den letzten 12 Jahren in Indien entwickelt, und inzwischen gibt es rund 800 Millionen mobile Anschlüsse. 70 bis 80 % des Marktes entfallen auf Mobiltelefone, die meisten davon Nokia-Modelle. Die Technologie hat das Handelsgefüge verändert, da Landwirte dadurch in der Lage sind, die Preise ihrer Produkte in benachbarten Orten abzufragen.

Nach der Präsentation erhielten die MdEP eine Werksführung. Anschließend kehrte die Delegation ins Zentrum von Chennai zurück und trat ihren Weiterflug nach Europa an.

Anlagen: Programm und Teilnehmerliste



EUROPEAN PARLIAMENT



Delegation for relations with India

Delegation visit to

DELHI - CHENNAI

30 April - 4 May 2012

FINAL PROGRAMME

Sunday, 29 April

Departures Europe/Delhi

Arrival of EP delegation members and transfer to :

**The TAJ MAHAL (MANSINGH) Hotel
1 Mansingh Road
110001 New Delhi
tel. +91 11 230 261 62
fax +91 11 23026070**

18:00-20.00 Informal meeting of the delegation
Taj Mahal Lobby

Monday, 30 April**Delhi**

- Breakfast at the hotel
- 08.45 Departure to the office of the EU Delegation to India
Venue: EU Delegation, 65, Golf Links
- 09.00-10.45 Briefing at the EU Delegation to India
- 10.45 Departure to the Observer Research Foundation (ORF)
- 11.30-14.30 Roundtable EU-India at the Observer Research Foundation with think tanks / civil society experts on the FTA; Climate Change & Renewable Energy; and BRICS

*Venue: Observer Research Foundation (ORF)
20, Rouse Avenue Institutional Area*
- 14:30 Departure to the Parliament Building (*Iron Gate no. 1 (from Vijay Chowk side)*)
- 15:00-15:45 Guided visit of the Lok Sabha and Rajya Sabha
- 16:00-17.00 Meeting with H.E. Mr Shanta Kumar, Chairperson, Standing Committee on Commerce (Rajya Sabha)
- 17.00-18.15 Meeting with the Standing Committee on External Affairs (Lok Sabha)
- 18.15-18.35 Departure to The Taj Mahal Hotel
- 19:00 Departure to the Oberoi Hotel
- 19.30-22.40 Roundtable followed by Working Dinner on the theme of Human Rights with special focus on women's rights, rights of the child, torture, Human Rights Defenders
Venue: Oberoi Hotel
- 22.45 Departure to the Taj Mahal Hotel

Tuesday, 1 May**Delhi**

- Breakfast at the hotel
- 08:30 Departure to the European Business and Technology Centre (EBTC)
- 09:00-10:00 Meeting at the European Business and Technology Centre
Hosted by EBTC Director, Mr Poul Jensen
*Venue: DLTA Complex, South Block, 1st Floor
1, Africa Avenue*
- 10:15 Departure to South Block
- 11:30-12:20 Official meeting with H.E. Mrs Preneet Kaur, Minister of State for External Affairs, Ministry of External Affairs

Venue: South Block, Gate nr 4

- 12:25 Departure to ECHO Office
- 13:10-14:15 Briefing on the situation of Tamil refugee camps by Mr Peter Burgess, ECHO India
- 14:15 Departure to FICCI House
- 15.00-16.30 Roundtable on the EU-India FTA with representatives of the Indian business community chaired by Mr Y. K. Modi, former President of FICCI and currently Chairman of its WTO and FTA Committees
- Venue: FICCI House*
- 16.30 Departure from FICCI House to the Taj Mahal Hotel
- 17:25 Departure from the Taj Mahal Hotel to the EU Delegation
- 17:30-19:00 Debriefing with EU Head of Missions
- Venue: EU Delegation, 65, Golf Links*
- 19:00 Departure to the Taj Mahal Hotel
- 19.30 - 22:40 Working dinner co-organised with the FICCI Forum of Parliamentarians and hosted by the EP Delegation
- Venue: The Taj Mahal Hotel*

Wednesday, 2 May

Delhi - Chennai

- Check-out from the Taj Mahal Hotel
- 08:15 Departure from hotel to Indira Gandhi International airport
- 10:50 Departure of flight Jet Airways 9W2255 Delhi / Chennai
- 13.30 Arrival at Chennai airport
- 14.30 Transfer to Indian Institute of Technology (IIT) Madras
- 15:00-16:45 Meeting with Prof. Bhaskar Ramamurthi, Director of the Indian Institute of Technology Madras and roundtable discussion
- 16:50-18.00 Departure from the Indian Institute of Technology Madras to the Hotel Taj Coromandel
- TAJ COROMANDEL HOTEL**
37 Mahatma Gandhi Road
Nunganbakkam / Chennai City Center
Chennai 600034

Tamil Nadu, India
Tel +91 44 66002827
Fax +91 44 66002089

Free evening / own arrangements

Thursday, 3 May

Chennai

- 9:50 Departure from the Taj Coromandel Hotel
- 10:30-11:00 Meeting with H.E. Dr. K. Rosaiah, Governor of Tamil Nadu
- 11:10 Departure from Raj Bhavan to Assembly Secretariat
- 11:35-11:55 Observe the proceedings of the Assembly in session
- 12:00-12:45 Meeting with H.E. Ms. J. Jayalalithaa, Chief Minister of Tamil Nadu
- 12:45 Departure from Assembly Secretariat to Hotel GRT Grand
- 13:00-15:00 Working Buffet-lunch
Roundtable on regional security issues in general and Sri Lanka-India relations in particular with the Centre for Security Analysis
- Welcome by Lt. Gen. V.R. Raghavan (Retd), President, Centre for Security Analysis
 - Statement by Sir Graham Watson
 - Reply by the CSA President, followed by a discussion
- 15:00 Departure from Hotel GRT Grand to Assembly Secretariat
- 16:00-17:15 Meeting with H.E. Mr. Thiru D. Jayakumar, Speaker, Tamil Nadu Legislative Assembly at Committee Hall
- Committee Hall, Assembly Secretariat, Fort St George*
- 17:15-17:30 Departure to the Taj Coromandel Hotel
- 17:30-18:45 Meeting with International Justice Mission (IJM)
- Venue: Taj Coromandel Hotel - Clive Dupleix Hall*
- 18:45-20:30 Roundtable with representatives of NGOs working on EU funded projects in Tamil Nadu
- Venue: Taj Coromandel Hotel - Clive Dupleix Hall*
- 20:30-23:00 Working dinner hosted by the EP Delegation for the NGOs working on EU funded projects in Tamil Nadu
- Venue: Taj Coromandel Hotel - Clive Dupleix Hall*

Friday, 4 May**Chennai**

	Breakfast at the hotel
8:30-9:30	Meeting on Tamil refugees <i>Venue: Taj Coromandel Hotel - Clive Duplex Hall</i>
9:30	Departure to Nokia site (Sripenrumbudur)
11:00 – 13:30	Visit of the Nokia factory Discussions with members of the Nokia team and visit of the plant <i>Venue: Nokia offices</i>
13:30-15:00	Departure to the Taj Coromandel Hotel
18.30-19.00	Interview (Chairman only)
19.15	End of programme

Friday, 5 / Saturday 6 May**Chennai/Europe**

Individual arrangements for return flights to Europe



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT EUROPA-PARLAMENTET
 EUROPAÏSCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
 PARLEMENT EUROPÉEN PARLAIMINT NA HEORPA PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS
 EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT
 PARLAMENT EUROPEJSKI PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN
 EURÓPSKY PARLAMENT EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPA PARLAMENTET

Delegation for Relations with India
Visit to Delhi & Chennai
30 April - 4 May 2012

Official list of Participants

Members of the Delegation (12)

Name		Surname	Political Group, Country
Sir	Graham	WATSON, Chair <ul style="list-style-type: none"> Delegation for Relations with India, Chairman Conference of Delegation Chairs, Member Committee on Foreign Affairs, Member 	ALDE United Kingdom

Name		Surname	Political Group, Country
		<ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with the People's Republic of China, Member 	
Mr	Kriton 	ARSENIS <ul style="list-style-type: none"> • Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, Member • Committee on Fisheries, Member • Delegation for Relations with the Maghreb Countries and the Arab Maghreb Union, Member • Delegation to the Parliamentary Assembly of the Union for the Mediterranean, Member 	S&D Greece
Mr	Yves 	COCHET <ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with India, Member • Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, Member 	Greens/ALE France

Mrs	Karima 	DELLI <ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with India, Member • Committee on Employment and Social Affairs, Member 	Greens/ALE France
Mrs	Marielle 	GALLO <ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with India, Substitute Member • Committee on Legal Affairs, Member • Special Committee on Organised Crime, Corruption and Money Laundering, Member • Delegation for Relations with the United States, Member 	EPP France
Mr	Jörg 	LEICHTFRIED <ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with India, Member • Committee on Transport and Tourism, Member • Sub-Committee on Human Rights, Member 	S&D Austria
Mr	Jo 	LEINEN <ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with India, Member • Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, Member 	S&D Germany
Mrs	Zofija 	MAZEJ KUKOVIC <ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with India, Member • Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, Member 	EPP Slovenia
Mr	Bill 	NEWTON DUNN <ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with India, Member • Committee on Development, Member • Special Committee on Organised Crime, Corruption and Money Laundering, Member 	ALDE United Kingdom

Mr	Hubert 	PIRKER <ul style="list-style-type: none"> • Delegation for Relations with India, Substitute Member • Committee on Transport and Tourism, Member • Special Committee on Organised Crime, Corruption and Money Laundering, Member 	EPP Austria
Mr	Nicolò 	RINALDI <ul style="list-style-type: none"> • Delegation to the Cariforum - EU Parliamentary Committee, Vice-Chair • Committee on International Trade, Member • Delegation to the EU-Kazakhstan, EU-Kyrgyzstan and EU-Uzbekistan Parliamentary Cooperation Committees, and for relations with Tajikistan, Turkmenistan and Mongolia, Member • Delegation for Relations with the Palestinian Legislative Council, Member • Delegation for Relations with the Countries of South Asia, Member 	ALDE Italy
Mr	Peter 	VAN DALEN <ul style="list-style-type: none"> • Committee on Transport and Tourism, Vice-Chair • Delegation for Relations with India, Member 	ECR Netherlands

Abbreviations of the Political Groups:

PPE	Group of the European People's Party (Christian Democrats)
S&D	Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats in the European Union
ALDE	Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe
Greens/ALE	Group of the Greens/European Free Alliance
ECR	Group of the European Conservatives and Reformists
GUE/NGL	Confederal Group of the European United Left - Nordic Green Left
EFD	Group Europe of Freedom and Democracy
NI	Non-attached Members

Delegation Secretariat (3)

Mr	Tim	BODEN, Principal Administrator
Ms	Nekane (MD)	AZPIRI LEJARDI, Administrative Assistant
Ms	Montse	GABÀS, Administrative Assistant

Political Groups(4)

Mr	Adriaan	BASTIAANSEN	EPP Group Advisor
Mr	Christopher	WILLIAMS	S&D Group Advisor
Ms	Ursa	PONDELEK	ALDE Group Advisor
Mr	Jannes	DE JONG	ECR Group Advisor

Interpreters (3)

Mr	Gerard	HENDRICKX (FR)
Ms	Nathalie	PHAM (FR)
Ms	Lorraine	REGAN (EN)